

Nr. 18/133 S

Fragestunde

1. Bearbeitungsstau Hilfe für Pflege beim Amt für Soziale Dienste
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. März 2012
2. „Paten-Großeltern-Projekte“ in der Stadtgemeinde Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. März 2012
3. Stärkung des Carsharing-Marktes
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. März 2012
4. Förderung von Elektromobilität
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Andreas Kottisch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. März 2012
5. Bezug von Wiesenhof-Produkten an Bremer Krankenhäusern
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2012
6. Frauen bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Karin Garling, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. März 2012
7. Hortplatzmangel in Huchting
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. März 2012
8. Beschulung in sanierungsfälligen Räumlichkeiten im Bremer Westen
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2012
9. Praktikumsklassen in der beruflichen Bildung
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2012
10. Unisee als Naherholungsgebiet erhalten und pflegen
Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. April 2012
11. Raumnot an der Grundschule Carl-Schurz-Straße
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. April 2012
12. Wohnbebauung im Bereich der stadtbremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Frank Imhoff, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. April 2012

13. Fällen von Pappeln an der A 27 in der Nist- und Brutzeit
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion
DIE LINKE vom 17. April 2012

Nr. 18/134 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 18/135 S

Beratung und Entscheidung der Stadtbürgerschaft zum Thema „Kein Verkauf der bremischen Grundstücke an die DB Netze für den Bau der Oldenburger Kurve ohne umfassenden Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger“

Antrag des Beirates Mitte
vom 23. April 2012
(Drucksache 18/119 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und Umwelt, Bau und Verkehr.

Nr. 18/136 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung – Ortsgesetz zum Verbot von Rauchen, Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum auf bremischen Spielplätzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. März 2012
(Drucksache 18/106 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt das Ortsgesetz ab.

Nr. 18/137 S

Bebauungsplan 2321 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Eisenbahnstrecke Bremen–Hannover, Mahndorfer Bahnhof, Mahndorfer Heerstraße und Hemslinger Weg

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012
(Drucksache 18/113 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2321.

Nr. 18/138 S

Bebauungsplan 2326 für Gebiete im Stadtteil Bremen-Huchting (Aufhebung von Staffelbau- und Gewerbeplänen)

Mitteilung des Senats vom 3. April 2012
(Drucksache 18/114 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2326.

Nr. 18/139 S

Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangwohnheime

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. April 2012
(Drucksache 18/116 S)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. April 2012**

(Neufassung der Drucksache 121 S vom 23. April 2012)
(Drucksache 18/126 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Punkte 1 bis 3 des Änderungsantrags ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Punkt 4 des Änderungsantrags zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. eine Steuerungsgruppe einzusetzen, die ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften mit dem Ziel entwickelt, die Unterbringung in Übergangwohnheimen stufenweise aufzugeben. Dabei sollen Flüchtlinge in der Regel nicht länger als drei Monate in der Erstunterbringung verbleiben. Hierbei soll insbesondere sichergestellt werden, dass
 - a) in der Steuerungsgruppe das Sozialressort, das Gesundheitsressort, das Bauressort, der Bremer Rat für Integration und bremische Wohnungsgesellschaften vertreten sind;
 - b) ein System der Mietkostenübernahme erarbeitet wird, das unter Wahrung der gesetzlichen Rahmenbedingungen dem bremischen Wohnungsmarkt angemessen ist, und das grundsätzlich eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge über das Stadtgebiet ermöglicht;
 - c) die Flüchtlinge durch Beratungsangebote weiterhin zu unterstützen und dabei die in Bremen aktiven Flüchtlingsinitiativen und -projekte zu beteiligen, mit dem Ziel der Integration der Flüchtlinge im jeweiligen Stadtteil;
 - d) tragfähig dauerhafte Strukturen aufgebaut werden, die die Neuorganisation der Unterbringung im Interesse der Stadtgemeinde Bremen und der Flüchtlinge nachhaltig stützen.
2. das Konzept in einem Beteiligungsverfahren mit Bremer Akteurinnen und Akteuren im Flüchtlingsbereich abzustimmen.
3. das erarbeitete Konzept wird der städtischen Deputation für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen bis Ende 2012 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt sowie der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis gegeben.

Nr. 18/140 S

Wohnsituation von Flüchtlingen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. April 2012
(Drucksache 18/120 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/141 S

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8
vom 18. April 2012**

(Drucksache 18/117 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/142 S

Keine Standortnachteile für das GVZ

Antrag der Fraktion der CDU

vom 23. April 2012

(Drucksache 18/118 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.